

C.3 Stand der Umsetzung der Beschlüsse des Landesparteitages

A1 Wir verändern sozial gerecht, solidarisch, nachhaltig

Stand der Umsetzung:

Der Beschluss war und ist inhaltliche Richtschnur für das Handeln der Landespartei. Etliche Maßnahmen, die im Leitantrag angesprochen wurden, sind in Arbeit bzw. in der Arbeit berücksichtigt.

1. Der politische Zusammenhalt der Partei ist hingegen noch nicht dauerhaft gesichert. Die Neugründungsphase ist weitgehend abgeschlossen, aber die kulturellen und politischen Unterschiede der Quellparteien sind noch sichtbar und wirksam. Das spiegelt sich insbesondere in den anhaltenden personellen und inhaltlichen Diskursen wider.

- *der Landesverband hielt sich aus einer öffentlichen Personaldebatte zurück, Mitglieder entwickelten gemeinsam mit Anderen Ideen für kollektive Führung der Partei bzw. unterstützten viele produktive Prozesse vor Göttingen*
- *nach dem Göttinger Parteitag ist Parteivorstand handlungsfähig und -bereit, 3 Brandenburger KandidatInnen wurden gewählt, der LV stimmt sich regelmäßig mit diesen ab*
- *Partei hat sich auf Grundlage des Programms geeint und gefestigt*
- *WählerInnen nehmen eine stabilisierte Partei wieder stärker als ihre Interessenvertretung*

2. LINKE in Regierungsverantwortung, Bundesratsinitiativen

- *in der Koalition bestätigt DIE LINKE vielfältig ihre Rolle als Anwältin der Benachteiligten: Bei der Umsetzung von Veränderungen im SPNV wurde die Schließung von Strecken verhindert. Themen wie Fluglärm, Schallschutz u. Kommunikation mit Betroffenen wurden immer wieder offensiv bearbeitet, weitgehende Verbesserungen initiiert, die dann vom Aufsichtsrat der FBB beschlossen wurden.*
- *Eine Einführung eines generellen Pensionseintrittsalters im öffentlichen Dienst von 67 wird nicht erfolgen. Missstände bei der Initiierung oder Umsetzung von Regierungsvorhaben werden aufgegriffen und einer Lösung zugeführt.*
- *im Bundesrat nehmen unsere Landesvertreter oft Sonderrollen ein, da wir zur Umsetzung neoliberaler Positionen nicht zur Verfügung stehen. Initiativen wurden vielfältig gestartet bzw. z.T. breite Bündnisse zur Verbesserung der Lebenslagen im Land unterstützt.*
- *in der Enquetekommission des Landtages arbeiten unsere Vertreter aktiv für eine Stärkung kommunaler Selbstverwaltung bei bevorstehenden Verwaltungsreformen*
- *die Kommunikation nach außen wurde weiter verbessert; so wurden die Kontakte zu Bündnispartnern wie Gewerkschaften verbessert und die öff. Darstellung des Regierungshandelns zu unseren zentralen Themen in den Mittelpunkt gestellt.*
- *die gemäß Brandenburger Vergabegesetz gebildete Mindestlohnkommission hat vorgeschlagen das Arbeitnehmerbruttoentgelt von 8,00 € auf 8,50 € zu erhöhen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass eine erneute Anhebung nicht erst nach 2 Jahren sondern im Zusammenhang mit der Evaluierung des Gesetzes im Herbst 2014 erfolgt.*
- *die Zukunftsfähigkeit unseres Handelns wird durch einen neuen Leitbildentwurf unterstützt.*

3. - Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Akteuren verbessern -> Gewerkschaften -
Nach dem wir unsere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften kritisch überprüft haben, ist die Landtagsfraktion in enger Abstimmung mit dem GLV in einen kontinuierlichen Dialog eingetreten.

Nach dem Auftaktgespräch des Vorstandes der Fraktion am 27.08.12 fanden weitere Gespräche am 17.12.12 mit Bernd Rixinger in Vorbereitung auf die Bundestagswahlen und am 28.05.13 zum Leitbild statt. Ein weiteres Gespräch ist für den 04.11.13 zu Eckpunkten des Wahlprogramms in Vorbereitung.

Vereinbart wurde auch, gemeinsam Gespräche mit dem Koalitionspartner in den gemeinsamen Sitzungen der AK's zu führen. Für den Bereich Innere Sicherheit fand ein solches Gespräch im April 2013 zu den Themen Polizeireform/Personalabbau und Verlängerung der Lebensarbeitszeit mit den 3 Polizeigewerkschaften statt.

Die Gewerkschaften verwiesen darauf, dass zwar die generelle Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizisten bis 67 vom Tisch sei, aber die jetzt vom Innenminister vorgelegte gestaffelte Regelung nach Laufbahngruppen von 62/64 und 65 Jahren und die Kürzungsregelungen für den Wach- und Wechseldienst höchst ungerecht, teuer und mit enormen Verwaltungsaufwand verbunden sei. Sie plädierten für eine einheitliche Anhebung auf 62 Jahre für alle Laufbahngruppen ohne Kürzungsregelungen für bestimmte Wechselschichtzeiten (24 h-Dienst).

In der Koalition wurde dieser Kompromiss auf massives Drängen der LINKEN und nach zähen Verhandlungen durchgesetzt. Damit konnte verhindert werden, dass Brandenburg Vorreiter bei der Umsetzung der bundesgesetzlichen Vorgaben nach Renteneintrittsalter 67 wird. Im Kontext zu den zwischenzeitlich erreichten Ergebnissen in Bezug auf die teilweise Tarifübernahme der Angestellten des öffentlichen Dienstes auf die Beamtenschaft, der Einstieg in altersgerechtes Arbeiten, die Kürzung der Pflichtstundenzahlen für Grund- und Oberschullehrer, die Erhöhung der Vertretungsreserve an den Schulen, die Einstellung von fast doppelt so vielen Lehrern als im Koalitionsvertrag vereinbart, die Fortsetzung der Gespräche zum TV-Umbau ist durch den Einsatz der LINKEN eine deutliche Verbesserung der Wertschätzung der öffentlich Bediensteten zu verzeichnen.

Am 21.06.13 konnte die Ergebnismündung über ein Gespräch zu aktuellen Fragen des öffentlichen Arbeits- und Dienstrechts im Land Brandenburg durch die Landesregierung und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unterzeichnet werden.

Die Gespräche, die wir fortsetzen werden, haben das Klima der Zusammenarbeit verbessert..

Ebenso wie unsere Betriebs- und Personalrätekonferenz am 01.06.13. Mit ca. 40 Teilnehmern diskutierten wir über den DGB-Index „Gute Arbeit“ und über einen Gesetzentwurf zur Unternehmensverfassung sowie der Mitbestimmung und Verantwortung der Betriebs- und Personalräte in Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten (Gesetz zur Unternehmensverfassung und Mitbestimmung).

Den Hinweis von Dieter Scholz, dass in Thüringen und Sachsen der „Index Gute Arbeit“ zur Analyse der Situation in ihren Ländern genutzt wird, werden wir aufnehmen.

4. Eine starke brandenburgische LINKE in Parlamenten und Kommunalvertretungen

- Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten für alle anstehenden Wahlen -> *in den Kreisverbänden läuft die Gewinnung von KandidatInnen für die Kommunalwahlen, auf Landesebene wurde eine Personalkommission für die personelle Vorbereitung der Landtagswahlen berufen, in den Kreisverbänden laufen die Vorbereitungen der Wahl der DirektkandidatInnen für die Landtagswahlen, Gespräche für einen Brandenburger Kandidaten bzw. eine Kandidatin für das Europäische Parlament wurden bereits geführt, Entscheidung über Unterstützung einer Kandidatur erfolgt im November*
- Aufbau Wahlkampfstrukturen in den Kreisverbänden -> *In allen Kreisverbänden gibt es arbeitsfähige Strukturen*
- bisherige Wahlkampfstrukturen überprüfen und ggf. an die vorhandenen Kräfte anpassen ->

In Auswertung der Bundestagswahl werden wir die Wirksamkeit der Strukturen analysieren und erforderliche Schlussfolgerungen ziehen und entsprechende Maßnahmen einleiten.

- auf Landesebene im Jahr 2012 Wahlkampfleiter bestimmen, Wahlkampfbüro einrichten, Rahmenzeitplan erstellen -> *Mit der Berufung des Landeswahlbüros, der Ernennung von Matthias Loehr zum Wahlleiter und der Erstellung von Zeit- Finanz- und Öffentlichkeitsplänen wurde dieser Punkt erledigt.*
- notwendige finanzielle Mittel werden langfristig bereit gestellt -> *Der Grobfinanzplan wurde bereits im Juni 2011 erarbeitet, derzeit Detailplanung für Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen, vorläufige Abrechnung Bundestagswahlkampf bis 30.11.2013 (endgültig mit Jahresabschluss 2013)- Zusammenarbeit LTF mit Landesgruppe der Bundestagsfraktion stärken -> Die Koordination ist verbessert worden, ein Vertreter der Landesgruppe nimmt an den freitäglichen Koordinierungsrunden der Stellvertretenden Regierungssprecherin teil, die „Berliner Runde“ tagt – verstärkt durch Vertreter/innen des GLV regelmäßig*

5. Eine starke brandenburgische LINKE mit starken Kreisverbänden und modernen und dialogorientierten Strukturen

- Verbesserung und Ausbau der Servicefunktion der Landesgeschäftsstelle, Kreisverbände stärken und aktionsfähiger machen -> *Dies ist eine ständige Aufgabe. Die Umstrukturierung- auch personell - der Landesgeschäftsstelle ist abgeschlossen. Die Mitarbeiter/innen arbeiten intensiv an der Umsetzung der Parteireformprojekte. Das Intranet steht weitgehend abgeschlossen: Kulturelles Leben mit Anschaffung von Bühnen und Technik, Intranet mit Aufbau eines Ausleihservice für Materialien, Bilder- und Textpool für kleine Zeitungen, gleichzeitig bereits bessere Information durch Newsletter, Hilfe bei der Öffentlichkeitsarbeit der Kreisverbände durch Eindrucksflyer und -plakate usw., die Gründung der LAG linke Frauen wurde unterstützt, Mitmachmaterialien und ein Material für Neumitglieder sind in Arbeit*
- Koordination der verschiedenen Akteure (kf, RLS, Kreisverbände, Jugendverband, LAGs usw.) verbessern -> *In der Wahlperiode des amtierenden Landesvorstandes wurden die Beratungen mit dem kf, der RLS, mit solid und den LAGs in die Arbeit integriert. Es finden regelmäßige Abstimmungen statt. Die Beratungen mit den Kreisvorsitzenden und den Kreistagsfraktionsvorsitzenden wurden fortgesetzt. Die Arbeit mit Schnellinformationen zu problematischen Themen hat sich bewährt, der wöchentliche newsletter hat aktuell 311 direkte Emailabonnenten und wird in den Kreisverbänden noch weiter verteilt. Die Beteiligung am bundesweiten Mitgliedermagazin mit separaten Brandenburg-Einlegern und die Beilage in der Bundestagswahlzeitung trug ebenso zur Verbesserung der innerparteilichen Kommunikation bei wie die aktive Zusammenarbeit mit den Redakteuren der Kleinen Zeitungen. Der erstmals beim Dezemberparteitag 2012 in Frankfurt (Oder) herausgegebene Jahreskalender trug zur Verbesserung der Terminkoordination bei und wird auch für das nächste Jahr vorbereitet.*

Mitmachmaterialien für die LAGs wurden erarbeitet bzw. sind in Arbeit, ebenso inhaltliche Materialien, „Begrüßungspaket“ für Neumitglieder in Vorbereitung gemeinsam mit den LAGs, kf und RLS und Jugendverband, Eindrucksflyer und -plakate stehen bereit

- Information und Kommunikation an die Basis verbessern -> *ständig in Arbeit, Newsletter, Artikelservice für die Kleine Zeitungen, Website und Facebookseite, Gespräche der LTF mit den Kreistagsfraktionsvorsitzenden, Telefonkonferenzen mit Kreisvorsitzenden bei wichtigen aktuellen Entwicklungen, Treffen mit Kreisvorsitzenden, KreisgeschäftsführerInnen, Kreisschatzmeistern und LAG-Vorsitzenden, Workshop mit „Kleinen Zeitungen“ hat 2012 und 2013 stattgefunden*
- Parteireform zu Aufgabe des gesamten Landesverbandes machen und Ergebnisse in den Kreisverbänden nutzbar machen -> *(siehe extra Bericht)*
- Regelungen zu Kinderbetreuungskosten bei Sitzungen und Tagungen der Partei in allen Kreisverbänden ist anzustreben, Sitzungs- bzw. Tagungszeiten von Gremien mit den

- Mitgliedern abzustimmen, die Kinder erziehen, und regelmäßig bei Bedarf Kinderbetreuungsangebote zu organisieren -> *auf Landesebene ständige Aufgabe*
- Menschen mit Behinderung ist die Teilhabe am politischen Leben der Partei zu sichern, hier sind auf allen Ebenen individuelle Lösungen zu finden und konsequent umzusetzen -> *Lösungen werden vor allem gemeinsam mit der LAG Behindertenpolitik gesucht, Maßnahmen ergriffen*
 - Aktivenkonferenzen, Regionalkonferenzen, vielfältige Gesprächsrunden, weitere zu entwickelnde Veranstaltungsformen, aber auch Formen der modernen Kommunikation zur Stärkung des innerparteilichen Diskurses -> *wird regelmäßig bei Planungen mit bedacht, Regionalkonferenzen finden zweimal jährlich statt und werden nach Teilnehmerwünschen konzeptionell weiter entwickelt, Aktivenkonferenz hat im Dezember 2012 zur Wahlkampfzubereitung, moderne Kommunikation: Facebookseite unterliegt ständiger Weiterentwicklung stattgefunden, Newsletter, E-Mail-Verteiler, Telefonkonferenz-Raum auch für LAGs und Kreisverbände nutzbar nach Anmeldung.*
 - LTF und LV treten stärker in den Dialog mit FachpolitikerInnen aus den Kreisverbänden -> *tw. umgesetzt, z. B. durch regelmäßige energiepolitische Gespräche, sozialpolitische Gespräche in Vorbereitung, Kinderkonferenz*

A2 Für eine zukunftsfähige Energiepolitik und A8 Energiewende in Brandenburg gestalten – versorgungssicher, ökologisch, nachhaltig, sozial gerecht

A2

Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei Erstellung des Wahlprogramms und aktuellen energiepolitische Entscheidungen.

Stand der Umsetzung

- *ist regelmäßiger Bestandteil energiepolitischer Gespräche*
- *ist Bestandteil der Leitbildes*
- *Gespräch mit LAG Umwelt und Ralf Christoffers und Thomas Domres hat stattgefunden, weitere Treffen vereinbart*

A8

Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen.

Untersetzung:

Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei Erstellung des Wahlprogramms und aktuellen energiepolitische Entscheidungen.

Es wird vorgeschlagen, durch konkrete Klimaschutzprojekte, die in Brandenburg umgesetzt werden sich schrittweise den Zielstellungen der Partei zu nähern. Eine Umsetzung des Beschlusses A2 bis 2014 wird als unrealistisch angesehen. Vielmehr geht es darum, die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass kein neues Braunkohlekraftwerk und somit auch keine neuen Tagebaue in Brandenburg gebraucht werden. Dazu gehört: Senkung des Energieverbrauches, Ausbau der Erneuerbaren Energien und deren Speicherfähigkeit, Ausbau der Netze, dezentrale Versorgung und die Bezahlbarkeit von Energie.

Stand der Umsetzung

- *Das Thema A2 und A8 berührt die gesamte Arbeit der Landespartei. Wir sehen unsere Verantwortung darin, die Energiewende mit den Bürgerinnen und Bürgern umzusetzen, dazu gibt es zahlreiche Initiativen auf Bundesebene aber auch im Land:*
- *ist regelmäßiger Bestandteil energiepolitischer Gespräche*
- *eine gemeinsame Beratung mit den Berliner Genossen hat stattgefunden, auf der Anregungen für das Leitbild erarbeitet wurden*
- *wurde in die Leitbilddebatte einbezogen*
- *Ralf Christoffers führt regelmäßig Energietouren durch und berät mit den zahlreichen Bürgerinitiativen*
- *Ralf Christoffers hat eine Akzeptanzstrategie für Erneuerbare Energien entwickelt, die umgesetzt wird*
- *die Energiestrategie 2030 des Landes BB, die die rot-rote Koalition auf den Weg gebracht hat, führt energie- und klimapolitische Zielstellungen zusammen*
- *die Fraktionsvorstände der LINKEN Landtagsfraktionen aus Brandenburg und Sachsen haben sich zu einer engen Zusammenarbeit auch in Bezug auf länderübergreifende Maßnahmen verständigt*
- *Gespräch mit LAG Umwelt und Ralf Christoffers und Thomas Domres hat stattgefunden, weitere Treffen vereinbart*
- *ein Dialog zur Energieregion Berlin-Brandenburg wurde durch ein Energiepolitisches Gespräch begonnen und wir fortgesetzt unter Einbeziehung von Unternehmen, Netzbetreibern, Bürgerinitiativen und weiteren Akteuren*
- *Kreisverband Lausitz hat energiepolitischen Kreisparteitag durchgeführt*
- *Im Ergebnis der CCS-Debatte wird es in BB keine unterirdische CO²-Speicherung geben, außer beim Forschungsprojekt Ketzin.*
- *Es wurde ein Prüfauftrag des Landtages an die Landesregierung zur Initiierung einer Bundesratsinitiative zur Änderung des Bundesbergrechts ausgelöst, dabei sollen vor allem geprüft werden: Einführung der Bergschadensvermutung für Tagebaubetriebe, Schutzregelung für Randbetroffene von Bergbauvorhaben, Verbesserung von Information und Beteiligung bei der Genehmigung von Projekten nach dem Bundesberggesetz, kurzfristige Installation von Verfahren zur Schlichtung strittiger Bergschadensanmeldungen*

A3 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Die Landtagsfraktion und die Regierungsmitglieder werden gebeten, den Auftrag umzusetzen.

Stand der Umsetzung

- *Der Vorwegabzug im FAG soll so schnell wie möglich entfallen. Dem ist vollumfänglich Rechnung getragen worden. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird derzeit im Landtag debattiert. Der Finanzminister Markov (DIE LINKE) hat die dazu notwendigen Vorschläge für eine Gesetzesnovelle des FAG unterbreitet. Das Gesetz ist beschlossen worden.*
Im Gesetzestext heißt es: ... den 2006 eingeführten sog. Vorwegabzug gemäß § 3 Absatz 2 BbgFAG ..., stufenweise abzubauen. Ab dem Jahr 2016 soll er vollständig entfallen, wodurch die Finanzausgleichsmasse zugunsten der Kommunen um jährlich 50 Mio. Euro gestärkt wird.
Das Brandenburgische Finanzausgleichsgesetz wurde wie folgt geändert: 1. § 3 Absatz 2 wird wie folgt gefasst: „(2) Der Anteil der Verbundmasse nach Absatz 1 Nummer 1 wird im

Ausgleichsjahr 2013 um 30 000 000 Euro, 2014 um 20 000 000 Euro und 2015 um 10 000 000 Euro erhöht

2. ..., dass die vom Land zu übertragene Aufgaben als untere Landesbehörden eine 100%ige Kostenerstattung erhalten.

Es gilt in Brandenburg das strikte Konnexitätsprinzip, das besagt, dass übertragene Aufgaben voll zu finanzieren sind. In dieser Wahlperiode ist noch keine Aufgabenübertragung vorgenommen worden. Mit diesem Thema befasst sich die Enquetekommission 5/2 des Landtages unter der Leitung von Stefan Ludwig, die mit ihrem Bericht Vorschläge zur Übertragung von Aufgaben an die Kommunen unterbreiten wird. Der Bericht, der ausschließlich Empfehlungen gibt, die dann in der nächsten Legislaturperiode zu prüfen und ggf. umzusetzen sind, wird bis zum 31.10.13 vorgelegt. Er wird diese Forderung berücksichtigen.

Mit dem Nachtragshaushalt, der ab September im Landtag debattiert wird, wird es zudem einen Sozillastenausgleich geben.

3. Aktivitäten der Bundestagsfraktion

Eckpunkte der Kommunalfinanzen der Länder des Bundesfinanzministeriums wurden vorgestellt. Darauf könnte insbesondere bei den Daten der Sozialausgaben reagiert und Öffentlichkeit geschaffen werden. So wurde z.B. ein Antrag der Abgeordneten Katrin Kunert... und der Fraktion DIE LINKE gestellt: "Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV Beziehende erhöhen". Diese und andere Aktivitäten führten bisher nicht zu Veränderungen, machten es aber als flächendeckendes Problem in ganz Deutschland erneut deutlich. Verschiedene Akteure anderer Parteien verwiesen bisher nur auf die Zeit nach der Bundestagswahl.

A5 Elternbeitragsfreie Schülerbeförderung

Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Die Landtagsfraktion wird gebeten, den Auftrag umzusetzen. Dazu ist eine enge Abstimmung mit den Kreisverbänden und deren Fraktionen notwendig. Die Brandenburger Mitglieder der Bundestagsfraktion werden um Unterstützung gebeten.

V.: LV-Mitglieder in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden, LTF: Stefan Ludwig, BTF: Diana Golze

Stand der Umsetzung

- *Zur Einbeziehung der Kreise u. ihrer Fraktionen ist dies ständiges Thema in den Beratungen des Landesvorsitzenden mit den Kreisvorsitzenden u. der/s Fraktionsvorsitzenden mit den Kreistagsfraktionsvorsitzenden*
- *Erneute Beratung dazu im Zusammenhang mit dem Haushalt 2013/14 in LTF*
- *Bisher keine Veränderung des bundesrechtlichen Rahmens möglich gewesen*

A6 „Demokratie erleben und lernen von Anfang an!“ Für umfassende und nachhaltige demokratische Jugendbeteiligung in brandenburgischen Schulen und Kommunen

Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei Erstellung des Wahlprogramms. Die Landtagsfraktion und die Regierungsmitglieder werden gebeten, den Auftrag umzusetzen.

V.: Harald Petzold, Daniel Förster

Stand der Umsetzung

- *Aktivitäten im Rahmen von Wahlalter 16 – Mittel (250.000) wurden auf unsere Intention*

hin in den Haushalt für 2012ff. eingestellt – die Bemühungen, diese Mittel durch Projekte auszuschöpfen, laufen – dabei gibt es Probleme

- *Über Strukturen der Mitwirkung in Schulen sollten wir noch einmal im Arbeitskreis der LTF beraten;*

A7 Priorität für Bildungspolitik - Kennzeichen LINKER Regierungsbeteiligung

Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen, insbesondere bei Erstellung des Wahlprogramms. Die Landtagsfraktion und die Regierungsmitglieder werden gebeten, den Auftrag umzusetzen.

V.: Harald Petzold, Daniel Förster

Stand der Umsetzung

Bildung

- Der Landesvorstand hat sich zu all diesen Themen in einer Beratung mit der Bildungsministerin verständigt, daran nahmen auch Mitglieder der LG Schule teil.
- keine Kürzungen im Bereich der Bildungspolitik – das Gegenteil wurde erreicht.
- *im Haushalt 2013/2014 ist eine Erhöhung der Mittel zu verzeichnen;*
- *zum Schuljahr 2012/2013 - 450 unbefristete und 260 befristete Neu-Einstellungen;*
- *800 Referendare in der Ausbildung;*
- *Einrichtung eines Studienganges „Sonderpädagogik“ an der Uni Potsdam ist in Vorbereitung*
- Ab Frühjahr 2014 wird die Vertretungsreserve (bislang 3 % bei 2,5 % Dauerkrankenstand) um 50 % erhöht
- Ab Schuljahr 2014/ 15 greift der Einstieg in die Reduzierung der Stundenzahlen bei den Grund- und Oberschullehrer/innen, Lehrer/innen, die 60 Jahre als und 35 Jahre im Schuldienst sind, wird es eine weitere Stundenreduzierung geben
- Hoch anzuerkennen ist, dass entgegen der Vereinbarung im Koalitionsvertrag nach intensiven Verhandlungen mit dem Koalitionspartner erreicht werden konnte, dass in der Legislatur nicht nur 1.250 junge Lehrer/innen neuen Wind in die Schulen bringen, sondern mehr als 2.000
- längeres gemeinsames Lernen - „eine Schule für alle“
- *ist zentraler Bestandteil unserer Arbeit - sowohl in den Veranstaltungen vor Ort als auch in den Debatten mit dem Koalitionspartner;*
- *wird von uns ständig thematisiert, vor allem im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projektes „Inklusion“, da eine inklusive Schule nicht im gegliederten Schulsystem möglich ist und sie aus unserer Sicht ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu „einer Schule für alle“ sein muss; Wir haben durchgesetzt, dass erst nach Abschluss des Pilotprojektes in 84 Modellschulen und der Auswertung und der Sicherstellung der notwendigen Finanzierung eine Gesetzesnovelle auf den Weg gebracht wird. Vor-Ort-Veranstaltungen der LAG Schule und Bildung am 19.10.2012 (Neuruppin), geplante Handlungsvorschläge für den Landesvorstand werden nach einem zweiten Vor-Ort-Termin in LDS oder OSL erarbeitet (in Planung);*

Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte

- *ist auch auf dem Weg - sicher nicht in den Größenordnungen wie von uns angestrebt; erst einmal gibt es eine Konzentration auf die Lehrkräfte in den 84 Pilotschulen, um sie zum gemeinsamen Unterricht zu befähigen; Weiterbildung in englischer Sprache ist auf den Weg gebracht*

Bundesratsinitiative zur Beteiligung des Bundes an der Bildungsfinanzierung

- *mehrfach wurde der SPD von uns ein Antrag vorgelegt zu einer Bundesratsinitiative „Inklusive Schule“, mit der wir – ähnlich wie beim Ganztagschulprogramm – Investitionen des Bundes für inklusive Schulen auf den Weg bringen wollten. Dieser Antrag scheitert an der SPD, die erst zu einem derartigen Antrag bereit ist, wenn das Kooperationsverbot aufgehoben ist. Wissenschaft:*

Keine Mittelkürzungen

- *auch im Wissenschaftshaushalt gibt es eine Steigerung der Mittelansätze, sicher zu wenig, um die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen zu stoppen, aber auf jeden Fall keine Kürzungen;*
- *die Art der Finanzierung der Hochschulen wird umgestellt – vom umstrittenen Mittelverteilungsmodell zu Hochschulverträgen (über 5 Jahre), damit wird Planungssicherheit erhöht*

Zahl der Studienplätze

- *es ist keine Kürzung vorgesehen – es bleibt bei 50.000*

Studienqualität verbessern

- *Es ist uns zum Teil gelungen, eine öffentliche Debatte zur Hochschulgesetznovellierung zu initiieren. Dazu fand – wie auch zum Thema Neustrukturierung der Hochschullandschaft in der Lausitz eine Beratung des LV mit der Wissenschaftsministerin und ein Gespräch von Vertretern von solid mit der Wissenschaftsministerin statt.*
- *Aus dem Prozess der Neustrukturierung der Hochschullandschaft in der Lausitz haben wir gelernt, dass eine solche große Aufgabe von Anfang an nur mit den Betroffenen vor Ort gelingen kann. Dies haben wir dem Koalitionspartner deutlich signalisiert. Nach der Beschlussfassung durch den Landtag scheint die Neustrukturierung nun auf einem guten Weg zu sein.*
- *Drittmittel an Hochschulen – Forderung nach Zivilklausel - Trotz aller Bemühungen ist es und bislang noch nicht gelungen, Mehrheiten für die Einführung einer solchen Klausel zu gewinnen.*

A9 Keine Bundeswehr an den Schulen, Kooperationsvereinbarungen verhindern!

Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Kurzfristig sind geeignete Schritte der Öffentlichkeitsarbeit zu finden, da im Land die versuche, Zugang zu Schule zu erhalten, intensiviert wurden. Dazu ist mit dem Jugendverband kurzfristig ein Konzept zu verabreden. Die Landtagsfraktion und die Regierungsmitglieder werden gebeten, den Auftrag mit umzusetzen.

V.: Katharina Dahme, Harald Petzold, Daniel Förster

Stand der Umsetzung

- *Es hat Gespräche mit dem Landesschülerrat gegeben, der zu der Frage eine ambivalente Position bezieht.*
- *Von unserer Seite aus wäre unter Umständen ein Antrag in Erwägung zu ziehen, allerdings hätte er keine Chance bei der SPD – möglicherweise sollten wir es trotzdem versuchen – auch hier müsste der Arbeitskreis der LTF noch einmal beraten.*
- *Die Forderung wurde in einem Gespräch des Landesvorstands mit der Bildungsministerin thematisiert, die deutlich machte, dass es auch weiterhin in BB keine Vereinbarungen geben wird, sie aber die Auftritte der Bundeswehr in den Schulen nicht verhindern wird.*

A13 Stärkung des Rechtsstaats in Brandenburg, Beratungshilfe

Die Landtagsfraktion bezieht den Beschluss in ihre Arbeit ein und berichtet dem Landesvorstand bzw. dem Landesparteitag über die Umsetzung.

V.: Stefan Ludwig

Stand der Umsetzung

- *Ständige Aufgabe im AK der LTF*
- *Justizminister bezieht dies in Abstimmungen mit den Gerichtsleitungen mit ein, ohne es anordnen zu können; wg. Unabhängigkeit der Justiz Aufgabe der Gerichte Personelle Verstärkung der Gerichte ist erfolgt, sodass Abarbeitung von Staus verbessert werden kann, weitere Verstärkung wird ständig geprüft. Erste Erfolge bei der Reduzierung des Staus sind erreicht, Grundproblem bleibt die schlechte Gesetzesformulierung, die streitanfällig bleibt.*

IA1 Feinde der Demokratie bekämpfen – Gefahr von Rechts endlich ernst nehmen!

Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen. Die antifaschistischen Aktivitäten der Gliederungen und Bündnispartner werden weiterhin auch organisatorisch und finanziell unterstützt. Die Landtagsfraktion wird um ständige Information zu und Einbringung von parlamentarischen Aktivitäten gebeten, so insbesondere bei der jährlichen Berichterstattung des Aktionsbündnisses. Die Landtagsfraktion soll zudem für eine Beendigung der Kriminalisierung von antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Projekten gegenüber der Landesregierung aktiv werden.

Stand der Umsetzung:

- *LV unterstützt regelmäßig personell und organisatorisch antifaschistische Aktionen im ganzen Land durch Präsenz vor Ort, Großtransporte und bei Bedarf Infomobil bzw. andere logistische Unterstützung. Es ist Konsens in der Koalition, dass es keine Toleranz für Intolerante geben darf.*
- *Die Abgeordneten Bettina Fortunato und Andreas Bernig fragen weiterhin monatlich nach rechtsextremen Straftaten. Daraus lassen sich lokale Schwerpunkte rechtsextremer Aktivitäten erkennen. Gemeinsam mit der SPD wurde eine Große Anfrage zu den Aktuellen Entwicklungen auf dem Gebiet des Rechtsextremismus eingebracht (DS 5/6005). Die Antwort der Landesregierung liegt vor und wird in die weitere Arbeit einbezogen. Auf Initiative unserer Landtagsfraktion wurde ein Vorschlag für eine antifaschistische Klausel für die Landesverfassung erarbeitet und gemeinsam mit SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf den Weg gebracht. Damit sollen, 20 Jahre nach Inkrafttreten der Brandenburger Verfassung die freiheitliche, offene und demokratische Gesellschaft in ihrem Kampf gegen rechtsextremes und neofaschistisches Gedankengut einen verfassungsrechtlichen Rückhalt erhalten. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sollen sich bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in Brandenburg der Unterstützung des Landes gewiss sein.*

B1 Kontowechsel des Landesverbandes

Der Landesschatzmeister wird mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt und berichtet dem Landesvorstand laufend über die Umsetzung.

V.: Matthias Osterburg

Stand der Umsetzung

Der Kontowechsel ist erfolgt,

B2 Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK)

Der Auftrag wird vom Landesvorstand in seine Arbeit einbezogen.

V.: Andrea Johlige, Matthias Osterburg

Stand der Umsetzung

- *mit der LAG Behindertenpolitik wurden erste, neue Maßnahmen besprochen um deren Arbeit zu gewährleisten (Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschern bei den LAG-Treffen),*
- *es wird derzeit geprüft, welche Wege es gibt, Materialien und Formen der Öffentlichkeitsarbeit für Menschen mit Behinderungen geeignet gestaltet werden können*
- *es wird regelmäßig darauf hingewirkt, dass bei der Wahl von Veranstaltungsorten aber auch bei Neubezug von Geschäftsstellen und Büros der Zugang für Menschen mit Behinderungen gesichert ist*

B4 Wahlalter 16

Die Kommissionen für Strategie und Wahlen und das Landeswahlbüro werden vom Landesvorstand gebeten, gemeinsam einen Vorschlag/ mehrere Vorschläge zur Umsetzung des Auftrages vorzuschlagen. Der Landesvorstand bezieht den Auftrag in seiner wahlstrategische Arbeit ein und berät mit den Kreisverbänden über Maßnahmen zur Umsetzung.

V.: KSW, Kommission Parteireform

Stand der Umsetzung

- *die Kommission Strategie und Wahlen hat sich bereits auf Basis des Beschlusses des 3. Landesparteitages „Wahlalter 16“ verständigt, welche Ideen es für eine ErstwählerInnenkampagne geben kann*
- *kf und RLS werden sich gezielt mit Bildung und Mobilisierung von SchülerInnen zu den Wahlen auseinandersetzen*
- *unter Einbeziehung des Jugendverbandes wird eine ErstwählerInnenstrategie im Rahmen der Wahlstrategie des Landesverbandes erarbeitet, die sich 2014 zu den Landtags- und Kommunalwahlen gezielt an 16-18 Jährige richten soll, ein erstes Gespräch mit dem Jugendverband dazu hat stattgefunden, eine Aktivierungsveranstaltung für junge WahlkämpferInnen ist in Vorbereitung*
- *erste Ideen wurden bei den Landratswahlkämpfen in Teltow-Fläming und Märkisch Oderland ausprobiert (Postkarte in Direktsprache für Jugendliche, Schultour von solid in Teltow-Fläming, gezielte Facebook-Ansprache)*

Stand der Umsetzung/Positionsbildung bei an den LV überwiesenen Anträgen

A10 Forschungsreaktor Wannsee endgültig abschalten

Der Landesvorstand nimmt Kontakt zum Berliner Landesverband auf und bittet die Berliner GenossInnen um Stellungnahme. Wissenschaftlicher Sachverstand und die Bundestagsfraktion sollen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.
V.: Stefan Ludwig, Felix Thier, Kirsten Tackmann

Stand der Umsetzung

- Ende November 2012 fand eine Veranstaltung zum Thema organisiert vom Ortsverband Potsdam Babelsberg statt. Die Ergebnisse gehen in die Positionsbestimmung ein.
- Position im Landesvorstand war, sich eng mit LV Berlin abzustimmen und diesem die Federführung beim Thema zu überlassen (Territorialprinzip) Dazu fand eine Beratung des LV mit Berliner Genossen, einer Vertreterin des Helmholtz-Instituts und Genossen aus Babelsberg und von der LAG Umwelt statt, die Ergebnisse werden in die Positionsbestimmung eingehen.
- Berlin beschloss auf einem LPT im Juni 2012 mittelfristige Ersetzung des BER II durch eine ungefährlichere „Spallationsquelle“ (Eine Spallationsquelle ist eine Neutronenquelle mit deren Hilfe schwere Atomkerne mit Elektronen beschossen werden. Durch diesen Prozess werden Atomkerne in ihre Bestandteile zerlegt und Neutronen frei.)
 - Bedeutung für Forschungslandschaft und Wissenschaft wird betont, daher sofortige Abschaltung nachteilig für Wissenschaftsstandort Berlin
 - Atomausstieg jedoch gesellschaftlicher Konsens, daher auch hier auf ein Ende hinarbeiten → Aufforderung an Senat hier tätig zu werden für mittelfristige Ergebnisse (Wechsel auf Spallationsquelle)
 - Weiterhin engmaschige Kontrollen nötig um die Gefahren dieser Risikotechnik so gering wie möglich zu halten; transparente Informationspolitik; erweiterte Bestimmungen für das Flugbeschränkungsgebiet streng kontrollieren
- Position von LV Berlin ist wissenschaftlich fundiert und sollte Maßstab des Beschlusses von BB sein
- Forderung nach sofortiger Abschaltung wäre ggü. der Fachwelt nicht sachlich zu begründen bzw. würde wohl als überzogen verstanden werden (Gefahrenpotenzial v. AKW um Unmengen höher; Restrisiko jedoch letztlich nicht zu verneinen → Abwägungsprozess)
- Überprüfung durch Reaktorsicherheitskommission brachte auch keine Befürwortung für Stilllegung; Gefahr (Flugzeugabsturz, beachte jedoch Überflug-Einschränkungen!) wird nicht verneint, aber als gering angesehen
- Weder MUGV BB noch zuständige Senatsverwaltung in Berlin (damals noch unter K. Lompscher) gegen Weiterbetrieb
- BER II nur für Forschung (international renommierter Standort), keine Energieerzeugung, keine Erforschung oder Nutzung von Kernenergie
- Betrieb soll 2020 eingestellt werden.
- Krebsatlas Berlin als auch Strahlungsbelastung am Ort/Bezirk zeigt keine signifikanten Auffälligkeiten bzw. Abweichungen zur Norm und sind teilw. niedriger als in Restberlin
- Zur Sicherheit: Reaktor drei Wochen in Betrieb, dann eine Woche Wartung/Prüfung; fortlaufend modernisiert, technologisch auf neuestem Stand → wissenschaftlich aktuell; bei Schnellabschaltung kommt Spaltungsprozess in weniger als 0,5 sec. zum Erliegen. Der Landesvorstand befasste sich in seiner Sitzung am 15.02.2013 zunächst im Rahmen einer parteiöffentlichen Diskussion mit der Pressesprecherin des Helmholtzzentrums, Frau Helms, unter Teilnahme von VertreterInnen des OV Babelsberg, eines Vertreters des Landesverbandes Berlin und der LAG Umwelt mit dem Landesparteitagsantrag zum Wannsee-Reaktor, der durch diesen zur weiteren Befassung an den Landesvorstand

überwiesen wurde. Der TOP diene insbesondere der Wissensvermittlung und wurde mit der Verabredung zu weiteren Gesprächen und Diskussionen zu diesem Thema vor einer zu treffenden Entscheidung beendet.

- *laut Presseveröffentlichung geht der BER II 2020 vom Netz (Ersatzforschungseinrichtung ist dann verfügbar).*
- *Es geht nun um eine Übergangszeit von weniger als sieben Jahren, in der wir zwischen den Positionen abwägen müssen. Wir müssen mangelnde Entscheidungskompetenz in Brandenburg feststellen (BER II liegt in Berlin); unsere Positionierung könnte für die Gegner vom BER II Symbolkraft haben, aber keine Aussicht auf Umsetzung. Die Position der LINKEN in Berlin ist Parteitagsbeschluss. Auch müssen wir die Wirkung bei negativer Position zum BER II auf Forschung und Wissenschaft in der gemeinsamen Wissenschaftsregion beachten.*
- *Zur Frage, ob mögliches Pro bzw. Enthalten zum BER II Widersprüche zum Programm der LINKEN aufweisen würde, gibt die Antwort der Berliner LINKEN auf den Wahlprüfstein des Anti-Atom-Bündnisses Berlin-Potsdam (siehe unten) Antworten.*
- *Das Ende des BER II ist absehbar.*

A11 Abschaffung des Numerus Clausus im Studiengang Sozialpädagogik

Der Antrag wird der Landtagsfraktion mit Bitte um Stellungnahme übergeben.

V.: Norbert Müller, Daniel Förster

Stand der Umsetzung

- bisher keiner